

Aus dem Plenum

Vom 13. bis 15. April fand im Thüringer Landtag die letzte Plenarsitzung vor den Osterfeiertagen statt. Dabei standen zahlreiche Gesetzentwürfe und Anträge auf der Tagesordnung. Nach einer ausführlichen Debatte verabschiedeten die Parlamentarier mehrheitlich das Thüringer Vergabegesetz, welches die Vergabe öffentlicher Aufträge neu ordnet. Im Anschluss stimmten sie zugleich für das Thüringer Mittelstandsfördergesetz, das die zielgerichtete und effektive Förderung der Thüringer Unternehmerlandschaft regelt. Beide Gesetze

treten zum 1. Mai 2011 in Kraft. Die Fraktion DIE LINKE brachte einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes in das Plenum ein. Der Entwurf wurde zur Beratung in den Innenausschuss überwiesen. Ferner debattierten die Volksvertreter über den Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Bilanz des Beirates für Nachhaltige Entwicklung – Wege zu einer Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie“. Der Antrag der Regierungsfractionen „Kfz-Kennzeichen sind gelebte Identität“ zur Liberalisierung von Kfz-Kennzeichen wurde

fraktionsübergreifend positiv aufgenommen. Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde über eine angemessene Vergütung von Praktikanten in Thüringer Landesministerien diskutiert. Einen Antrag über die Mitte-Deutschland-Verbindung brachte die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in den Landtag ein. Im Rahmen der Aktuellen Stunde debattierte die SPD-Fraktion über die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 auf Thüringen. Die LINKE fragte nach der Erfordernis öffentlicher Erörterungstermine zur möglichen

Genehmigung der Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald. Die Fraktion der FDP machte die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Akteuren der Thüringer Wirtschaft zum Gegenstand ihrer Aktuellen Stunde. Über die Halbjahresbilanz für das Ausbildungsjahr 2011 debattierte die Fraktion der CDU. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stellten die Gefährdung der Fortführung der Koordinationsstelle „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für Thüringen des Arbeitskreises Umweltbildung auf die Tagesordnung.

Girls' Day im Thüringer Landtag

Am 14. März war es wieder so weit: Zum 11. Mal fand der bundesweite Mädchenzukunftstag, der sogenannte „Girls' Day“ statt. Mehr als 125.000 Mädchen informierten sich in 10.000 Veranstaltungen über Berufe in den Bereichen Technik, Naturwissenschaft und der Verwaltung. Auch der Thüringer Landtag beteiligte sich an dem Berufsinformationstag und öffnete seine Türen für Schülerinnen. Mädchen aus dem Freistaat nutzten diese Chance, um die Arbeitswelt des Landesparlamentes kennenzulernen. Im Landtag informierten sich die Mädchen über den Berufsalltag eines Politikers, über die Arbeit in den Fraktionen sowie über die Arbeit in der Landtagsverwaltung. Zudem wurden ihnen verschiedene Aus-



Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) begrüßte gemeinsam mit den Vizepräsidentinnen Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE), Franka Hitzing (FDP), Astrid Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Vizepräsident Heiko Gentzel (SPD) die Teilnehmerinnen.

bildungsberufe wie beispielsweise Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek vorgestellt. Ein fiktiver Einstellungstest rundete den Tag ab. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) freute sich über den Besuch der Mädchen: „Der Girls' Day ist eine hervorragende Möglichkeit für Schülerinnen unbekannte Berufsfelder zu entdecken, die aussichtsreiche Perspektiven bieten. Gerade die Vielfalt der modernen Arbeitswelt erschwert den jungen Menschen oft die Entscheidung für einen passenden Beruf. Der Mädchen-Zukunftstag ist daher eine gute Gelegenheit für die Berufsorientierung.“

Europa parlamentarisch stärken – den Landtag beteiligen

Am 14. April stimmte der Thüringer Landtag einer Vereinbarung mit der Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union zu. Die Landesregierung ist fortan verpflichtet, den Landtag rechtzeitig über alle Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft zu unterrichten, soweit sie für das Land von grundsätzlicher Bedeutung sind. „Auf diese Weise werden die Rechte des Parlaments in EU-Angelegenheiten gestärkt“, erklärt Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU). „Das Parlament kann endlich seiner gewachsenen Verantwortung in EU-Angelegenheiten gerecht werden und sich aktiv am System der sogenannten Frühwarnkontrolle beteiligen.“ Die Vereinbarung wird am 19. Mai von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und Landtagspräsidentin Birgit Diezel (beide CDU) unterzeichnet.

Kurz gemeldet

Am 29. März stattete der britische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, S. E. Simon Gerard McDonald, Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) seinen Antrittsbesuch ab. +++ Das diesjährige Landesfinale „Jugend debattiert“ fand am 6. April im Thüringer Landtag statt. Schüler aus ganz Thüringen stellten ihre Redegewandtheit unter Beweis. In den Jahrgangsstufen 8 bis 10 hat Albrecht Dorsch (Lerchenberggymnasium Altenburg) gewonnen. Lukas Gintrowski (Christliches Gymnasium Jena) gewann in den Jahrgangsstufen 11 bis 13. +++ Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) würdigte am 12. April bei der Übergabe des Landeskommandos Thüringen in ihrem Grußwort die Verdienste des scheidenden Obersts Hofeditz. Weiterhin begrüßte sie den Nachfolger, Oberst Reinelt, in seinem neuen Amt. +++ Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen Silvia Liebaug übergab Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) am 30. März ihren Jahresbericht 2010. Ferner überreichte die Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Hildigund Neubert, am 12. April ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2010 an die Landtagspräsidentin.

Wirtschaftsausschuss auf Hannover Messe zu Gast

Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Thüringer Landtags informierte

zu erfahren. Der Arbeitsbesuch auf der Hannover Messe diente dazu, bestehende Kontakte



auszubauen und neue zu knüpfen“, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Rolf Baumann (SPD). Die Parlamentarier besuchten u. a. die Stände Research & Technology Thüringen, Forschungsland Mitteldeutschland sowie den Gemeinschaftsstand des Freistaats Thüringen als auch den Firmen-Gemeinschaftsstand der IHK Ostthüringen, an denen sich zahlreiche Firmen und Forschungseinrichtungen aus dem Freistaat präsentierten.

sich in einer auswärtigen Sitzung am 8. April auf der Hannover Messe über neueste Trends und Entwicklungen im Bereich Technologie. „Für unsere Arbeit ist es wichtig, Trends und Entwicklungen aus erster Hand

Gemeinschaftsstand des Freistaats Thüringen als auch den Firmen-Gemeinschaftsstand der IHK Ostthüringen, an denen sich zahlreiche Firmen und Forschungseinrichtungen aus dem Freistaat präsentierten.

Haushalts- und Finanzausschuss

Anhörung zur Frage einer Schuldenbremse in der Verfassung beschlossen

In seiner Sitzung vom 7. April beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss eine Anhörung zur Frage einer Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung. Im Rahmen dieser umfassenden schriftlichen Anhörung sollen bis 20. Mai dieses Jahres mehr als 20 Anzuhörende Stellungnahmen abgeben können. Insbesondere soll geklärt werden, ob es bei einem angestrebten Schuldenverbot zu unerwünschten Ausweichreaktionen und damit zu einer Umgehung der Schuldenbremse kommen kann. Der Ausschuss möchte auch erfahren, ob es durch die Steuerpolitik des Bundes und Mehrheitsentscheidungen im Bundesrat möglich ist, dass einzelne Länder das Schuldenverbot nicht

einhalten können. „Die Einführung einer Schuldenbremse in die Verfassung muss gründlich bedacht werden. Für die dafür nötigen Mehrheiten bedarf es eines breiten Konsenses. Daher ist es wichtig, die Erfahrung von Fachleuten und die Überlegungen anderer Bundesländer in den Diskussionsprozess einfließen zu lassen. Es ist wichtig, bei der Ausgestaltung der konkreten Regelungen auch die Einnahmeseite nicht aus den Augen zu verlieren“, so der stellvertretende Ausschussvorsitzende Maik Kowalleck (CDU). Nach Eingang der Stellungnahmen wird sich der Ausschuss weiter intensiv mit der Thematik der Schuldenbremse befassen.

Veranstaltungen

3. Thüringer Stiftungstag im Landesparlament

Am 1. April nutzten zahlreiche Thüringer Stiftungen die Chance, sich auf dem 3. Thüringer Stiftungstag im Landtag zu präsentieren. Unter dem Motto „Stiftungen in Kooperationen & Netzwerken“ veranstaltete das Abbe-Institut für Stiftungswesen der Friedrich-Schiller-Universität Jena den 3. Thüringer Stiftungstag mit dem Ziel, das Thüringer Stiftungswesen attraktiver und transparenter zu gestalten. Die Schirmherrin der Aktion, Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), erklärte dazu: „Grundlage einer jeden Stiftung ist

nicht nur das eingebrachte Kapital, sondern vor allem die Idee, der Stiftungszweck und das persönliche Engagement. Damit leisten Stiftungen eine Arbeit, die für unser Gemeinwesen von unschätzbarem Wert ist und durch die unsere aktive und solidarische Bürgergesellschaft immer wieder neu belebt wird.“

Auf dem Stiftungstag stellten verschiedene Thüringer Stiftungen ihre Arbeit und Projekte mit einem eigenen Stand vor. Neben Vorträgen, Workshops und einer Podiumsdiskussion zum Thema „Stiftungsnetz-



Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) bei der Eröffnung des Stiftungstages

werke, Stiftungsk Kooperationen und Projekttransfers“ wurden vier Stiftungen mit dem Thüringer Stiftungspreis 2011 für Low-Budget-Projekte ausgezeichnet. Den 1. Preis, der mit 500 Euro dotiert war, gewann die Stiftung Westthüringen für ihr Theaterprojekt „Westthüringer Festspielsommer“. Ferner wurde die Diakoniestiftung Weimar-Bad Lobenstein, die Bürgerstiftung Zwischenraum Jena sowie die Stiftung Faszination Begabung aus Rothenstein/Ölknitz für ihr Engagement geehrt.

Start des Wettbewerbs jugend@ehrenamt

Anfang April gab Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) den Startschuss für die diesjährige Runde des Wettbewerbs jugend@ehrenamt, welcher im Rahmen des Tags der offenen Tür des Thüringer Landtags am 25. Juni 2011 vergeben wird. „Im Mittelpunkt des Wettbewerbs steht das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen“, so die Landtagspräsidentin über den Förderpreis. „Er soll Vereine und deren junge Engagierte in ihrem Einsatz unterstützen und



Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) mit der Vorjahressiegerin Maria Theresa Faulstich

deutlich machen, dass Demokratie vom Engagement jeder einzelnen Person lebt und Spaß macht. Ziel soll es sein, dass ehrenamtliches Engage-

ment an und mit jungen Menschen öffentlich bekannt gemacht und speziell das Engagement von Gruppen und Personen in der Kinder- und Jugendarbeit gewürdigt, anerkannt und unterstützt wird.“

Teilnehmen oder vorgeschlagen werden können junge Menschen bis 20 Jahre, die sich ehrenamtlich für andere Menschen oder das Gemeinwesen engagieren. Ob sportlich, kulturell, schulisch, musisch, sozial oder ökologisch: Gesucht werden Vereine und Initiativen, aber

auch Einzelpersonen, die ganz konkrete Projekte geplant und umgesetzt haben.

Die besten Bewerber können ihr Projekt beim Tag der offenen Tür im Plenarsaal der Öffentlichkeit vorstellen. Der Förderpreis jugend@ehrenamt ist mit insgesamt 2.000 Euro dotiert.

Bewerbungen können bis zum 6. Juni 2011 an das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags gerichtet werden:

Thüringer Landtag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.thueringen.de

Henry Worm: Mädchen und Jungen sollen über „Tellerrand“ hinausschauen



Sechs Schülerinnen lernten zum Girls´Day 2011 auf Einladung der CDU-Fraktion den Thüringer Landtag kennen. Der gleichstellungspolitische Sprecher der Fraktion, Henry Worm, ermutigte sowohl Mädchen als auch Jungen, über den „Tellerrand“ hinauszuschauen und sich bei Ausbildungs- oder Studienplatzwahl nicht nur nach dem typischen Geschlechterrollenverständnis zu richten. Worm kündigte an, dass die Fraktion daher zum nächsten Zukunftstag auch Jungen einladen werde.

Mittelstandsförderung

Der Landtag hat ein neues Rahmengesetz zur Mittelstandsförderung verabschiedet. Nach Angaben des Wirtschaftsexperten der CDU-Fraktion, Gerhard Günther, werden Aufgaben wie die Fachkräftesicherung, die Steigerung der Innovationskraft und der Abbau bürokratischer Belastungen für Kleinbetriebe in diesem „Grundgesetz der Wirtschaftsförderung“ stärker berücksichtigt. Das Landesparlament gab überdies grünes Licht für eine einheitliche Vergabeplattform. „Ziel ist, dass der Mittelstand alle öffentlichen Ausschreibungen an einer Stelle im Netz findet“, sagte Günther. Vertretbar ist für Günther auch der Kompromiss zum lange umstrittenen Vergabegesetz. Vergabefremde Kriterien greifen erst für Betriebe mit 25 und mehr Mitarbeitern und betreffen damit den größten Teil des Mittelstands nicht. Stark gemacht hat sich die CDU allerdings für eine Bezahlung mindestens auf Tarifniveau. „Wir stehen für leistungsgerechte Löhne“, so Günther.

Schulordnung nach Anhörungsfrist gemeinsam beraten

Das Kultusministerium soll den Entwurf der Schulordnung noch einmal grundlegend überarbeiten. Das hat der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Emde, gefordert. „Es muss möglich bleiben, Klassen zu wiederholen, und nicht jede Zensur muss noch einmal beschrieben werden. Lehrer brauchen Zeit für den Unterricht und nicht zur Erstellung von Berichten“, so Emde. Die CDU wendet sich ferner dagegen, Grundschulen zum jahrgangsübergreifenden Unterricht zu verpflichten. „Zur

Eigenverantwortung gehören Entscheidungsmöglichkeiten. Eine Entmachtung der Schulkonferenz ist nicht hinnehmbar“, erklärte der Abgeordnete. Der Bildungspolitiker bedauerte, dass die CDU-Fraktion die Schulordnung nicht mit habe erarbeiten können. Seine Fraktion habe ihn zeitgleich mit den Thüringer Medien erhalten. Die Koalitionsfraktionen hätten sich jedoch verständigt, im Nachgang der Anhörungsphase die notwendigen Änderungen am Entwurf gemeinsam zu beraten.

Initiative für Kinderwunschbehandlung

Paare, die ungewollt kinderlos sind, sollen bei der sogenannten Kinderwunschbehandlung finanziell stärker durch den Bund unterstützt werden. Dafür soll Thüringen sich im Bundesrat einsetzen. Einen entsprechenden Antrag hat der Landtag jetzt verabschiedet und damit ein Vorhaben umgesetzt, für das sich vor allem die Abgeordnete Beate Meißner eingesetzt hat. Hintergrund: Bis 2004 zahlte die Krankenkasse die Kinderwunschbehandlung vollständig, seither nur zur Hälfte. Die Zahl der künstlichen Befruchtungsversuche ging daraufhin deutlich zurück. Ziel Thüringens ist, dass der Bund 25 Prozent der Kosten übernimmt.

Landtag europapolitisch gut aufgestellt

Der Landtag hat eine Vereinbarung mit der Landesregierung geschlossen, die seine Mitwirkungsrechte in Europaan gelegenheiten sichert. Maßgeblichen Anteil daran hat der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gustav Bergemann. Für das Parlament ist laut Bergemann wichtig, „rechtzeitig reagieren zu kön-

nen, wenn Thüringer Interessen berührt sind. Die vereinbarten Verfahren stellen dies sicher.“ Der größte Erfolg ist für den Europapolitiker, dass die Landesregierung sich verpflichtet, im Bundesrat nicht gegen ein Votum des Landtags zu stimmen, wenn durch die Politik der EU Gesetzgebungszuständigkeit des Landes betroffen ist.

Bergemann vertritt die Interessen Thüringens auch in dem zum Europarat gehörenden Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE). „Der Erfahrungsaustausch in diesem Forum ist wichtig, weil er den Blick für die Interessen der Regionen und Kommunen schärft und eine gemeinsame Interessenvertretung ermöglicht“, sagte er anlässlich der Frühjahrstagung des Rates in Straßburg. Wie er mitteilte, wird der Europarat Deutschland im Mai 2011 einem „Demokratie-Monitoring“ unterziehen, bei dem die kommunale Selbstverwaltung im Mittelpunkt steht.



Gustav Bergemann im Gespräch mit Burgi Volgger, der Bürgerbeauftragten Südtirols.



Ein neues Bürgerforum im Fernsehformat gewinnt Gestalt und Schwung. Das ist das Fazit nach der ersten Sendung der neuen Diskussions- und Gesprächsreihe „Auf ein Wort – Bürger reden Klartext“. Im Erfurter Traditionsgasthaus „Am Hopfenberg“ standen Mike Mohring, Staatskanzleiministerin Marion Walsmann, der Bildungspolitiker Volker Emde und CDU-Stadtratsfraktionsvorsitzender Michael Panse Dienstagabend den Bürgern Rede und Antwort. 25 Fragen waren vor Sendung eingegangen. Schule, Schuldenbremse, Energiepolitik und der Schutz vor gefährlichen Tieren bewegten den Bürgerstammtisch. Alle Fragen und Antworten auf: www.aufeinwort.info.

Schulreform nicht über Köpfe hinweg



Angesichts aktueller Diskussionen zur Novelle der Thüringer Schulordnung erklärte die LINKE-Bildungspolitikerin Michaele Sojka: „Das, was Minister jetzt an Umgestaltungen im Thüringer Schulsystem vorschlägt, ist längst überfällig. Dies allerdings über die Köpfe der betroffenen Lehrer, Schüler und Eltern hinweg zu tun, ist der völlig falsche Weg. Längeres gemeinsames Lernen, Stärkung reformpädagogischer Ansätze, individuelle Förderung – dafür müssen alle am Bildungsprozess beteiligten Akteure gewonnen und motiviert werden, und vor allem sind dazu die notwendigen personellen und sonstigen Voraussetzungen an den Schulen zu schaffen. Eine Bildungsreform, ausgetragen auf den Rücken der Pädagogen und damit zu Lasten der Bildungsqualität, lehnen wir ab.“

Regenerativ, regional und dezentral

„Wir brauchen eine andere Stromnetz-Philosophie, wenn wir es mit der Energiewende ernst meinen“, betonte der LINKE-Fraktionschef Bodo Ramelow und nannte die Stichworte regenerativ, regional und dezentral. „Energie kann und muss künftig konsequent dort erzeugt werden, wo sie gebraucht wird. Das bedeutet im Umkehrschluss, zusätzliche gigantische Leitungssysteme quer durch die Republik sind unnötig. Unser Fokus sollte auf einer völlig neuen Netzstruktur, dem Energiesparen, neuen Managementsystemen, neuen Speichertechniken und vor allem neuen, öffentlichen und gemeinwohlorientierten Eigentumsstrukturen liegen.“

„Die Gesellschaft darf heute nicht wegsehen“ Der Schwur von Buchenwald – Verpflichtung zum Engagement gegen Neonazis

Der 55.000 ermordeten und 250.000 eingekerkerten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald gedachten am 11. April auf dem Ettersberg bei Weimar auch Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und Knut Korschewsky, MdL. Die Politiker nahmen an einem Gedenkrundgang im ehemaligen Häftlingslager teil. Bewegende Worte fand während der Gedenkveranstaltung der 1921 geborene Ottomar Rothmann, der letzte noch lebende Einwohner von Weimar, der im KZ Buchenwald eingekerkert war. Er erinnerte an die Befreiung des Lagers: „Wir waren frei – durch die Kämpfer von innen und außen!“ Vor 66 Jahren waren Einheiten die US-Armee auf das Konzentrationslager vorgerückt, während eine Widerstandsgruppe einen Teil der SS-Wachen überwäl-



tigen konnte. Der Schwur von Buchenwald sei Verpflichtung zum Engagement gegen Neonazis, so Rothmann. Bodo Ramelow und weitere Landtagsabgeordnete der Linksfraktion hatten auch an der Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora teilgenommen und waren am 17. April der Einladung des In-

ternationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) zum Mahnen auf dem Ettersberg gefolgt. In einer Pressemitteilung betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN die Aktualität der Gedenkveranstaltungen. Die Gesellschaft dürfe heute nicht wegsehen, wenn Rechtsextremisten Anschläge verüben und gegen Menschen hetzen, sie dürfe sich nicht an das Vorhandensein rechtsextremistischer Parteien als vermeintliche Normalität in einer pluralen Gesellschaft gewöhnen. „Rechtsextremismus und deren Protagonisten stehen außerhalb eines jeden denkbaren Konsens einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Neonazismus braucht eine deutliche Gegenreaktion, damit nicht wieder entsteht, was hätte nie entstehen dürfen“, sagte Bodo Ramelow.

„Girls‘Day“ 2011 – erlebnisreicher Tag in der Linksfraktion

Zum „Girls‘Day“ 2011, dem bundesweiten „Mädchenzukunftstag“, hatten auch die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 14. April interessierte Mädchen nach Erfurt eingeladen. Nach der Begrüßung durch Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, konnten sie zunächst auf der Besuchertribüne an der Plenarsitzung teilnehmen. Ein Vortrag der Landtagsverwaltung informierte über die Arbeit des Landesparlaments,

eine Führung in der Fraktion machte mit dem Arbeitstag von Abgeordneten und Mitarbeiter/-innen bekannt. Da es auch ein wichtiges Anliegen des „Girls‘Days“ ist, Mädchen für technische Berufe zu interessieren, bot die Linksfraktion als Höhepunkt ein Praxisprojekt mit Solarbaukästen an. Partner war das Kindersolarzentrum „Prof. Solarius“ e.V. aus Suhl, das die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld in die

Fraktion eingeladen hatte. Unter Anleitung von Matthias Re-



der vom Kindersolarzentrum montierten die Mädchen funktionsfähige SolarBiker.

Freundschaftliche Koexistenz zwischen Tier und Mensch

Gemeinsam mit ihren Vierbeinern hatten sich kürzlich Abgeordnete und Mitarbeiter der Linksfraktion vor dem Landtagsgebäude getroffen. Man sei nicht sprichwörtlich „auf den Hund gekommen“, betonte Bodo Ramelow augenzwinkernd. Mit der Aktion solle viel mehr auf den Ansatz der Fraktion hingewiesen werden: Gefährdungen anderer Menschen gehen nicht primär von Hunden aus, sondern von unverantwortlich handelnden Hundebesitzern. „Das Problem ist immer am anderen Ende der Leine“, brachte die Abgeordnete Sabine Berninger die Position auf den Punkt. Deshalb spricht sich DIE LINKE zwar für eine landesgesetzliche Regelung aus, durch

die Gefahren, die von Hunden ausgehen, weitgehend ausgeschlossen werden, lehnt aber eine „Rasseliste“ als bloßen Aktionismus ab. Der gemeinsame Fototermin geriet denn auch zur entspannten Demonstration nicht nur von friedlicher, sondern von freundschaft-

licher Koexistenz zwischen Tier und Mensch. Über Ramelows Hund Attila hatte schon das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet: der begrüße „unpolitisch jeden freundlich schwanzwedelnd, egal ob Genosse oder Gegner“.



Der Politikverdrossenheit entgegenwirken

Schülerinnen der Regelschule in Obermaßfeld waren am Girls' Day Gäste der SPD-Fraktion

Am bundesweiten Aktionstag Girls' Day hatte auch die SPD-Fraktion interessierte Schülerinnen in den Landtag eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich über die vielfältigen Berufsmöglichkeiten im Thüringer Landtag zu informieren.

Zwei Schülerinnen der Staatlichen Regelschule „Im Werratal“ in Obermaßfeld-Grimmenthal nahmen auf Einladung des SPD-Abgeordneten Rolf Baumann an einem Programm der Landtagsverwaltung teil. „Wie in so vielen anderen Berufen sind die Frauen auch in der Politik leider noch zu wenig vertreten. Ich möchte den Schülerinnen nahe bringen, wie spannend Politik sein kann und wie wichtig Politik auch bereits für Mädchen ihres Alters ist“, sagte Baumann. Er wolle gerade bei jungen Menschen Vorurteile abbauen helfen, um damit der Politikverdrossenheit vieler entgegenzuwirken. Das Programm der Landtagsverwaltung beinhaltete sowohl die Vorstellung von Ausbildungsberufen, wie etwa den



Besuchten am Girls' Day die SPD-Fraktion: Die Schülerinnen Josephine Lippitz und Nicola-Bianca Anders (von rechts) mit dem Landtagsabgeordneten Rolf Baumann.

einer Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, als auch einen fiktiven Einstellungstest und vieles mehr. Natürlich sollte dabei auch das Hereinschnuppern in das politische Geschäft nicht zu kurz kommen, so dass die 15 und 16 Jahre alten Mädchen mit Rolf Baumann und anderen Abgeordneten ins Gespräch kamen

und die Gelegenheit erhielten, an der Plenarsitzung teilzunehmen. Im Anschluss an das Programm zeigten sich die Mädchen begeistert. „Besonders gut hat mir die Plenarsitzung gefallen“, sagte die 15-jährige Josephine und widersprach damit Stimmen, wonach Politik und Politiker immer nur langweilig sein müssten.

Mit Eindämmung von Leiharbeit Abwanderung stoppen

Wirtschaftspolitiker Lemb: Thüringen hat als Niedriglohnland keine Zukunft

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Lemb, hat die jüngste Initiative des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie zur Eindämmung der Leiharbeit gegen Angriffe aus der Thüringer Wirtschaft verteidigt.

„Es ist richtig, dass das Wirtschaftsministerium die finanzielle Förderung von Unternehmen künftig an gesellschaftspolitische wichtige Kriterien koppelt“, sagte Lemb. „Fakt ist, dass wir Thüringen nicht voranbringen, indem wir es als Niedriglohnland positionieren.“

Stattdessen müssten alle zur Verfügung stehenden Instrumente genutzt werden, um Thüringen fit für die Zukunft zu machen. Dazu gehöre auch, Fehlentwicklungen wie dem massiven Anwachsen der Zeitarbeit in Thüringen entgegenzutreten. „Wir brauchen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt - prekäre Beschäftigung müssen wir im Interesse unserer Thüringer Beschäftigten soweit wie möglich zurückdrängen“, so Lemb. So sollten Leiharbeiter möglichst dauerhaft in die Stammbesetzungen integriert werden.

Der Wirtschaftspolitiker betonte aber auch, dass ungeachtet der neuen Regelungen genügend Spielraum bleibe, Leiharbeit als Instrument zur Abfederung von Auftragsspitzen zu nutzen. Die Förderung prekärer Beschäftigung aus Mitteln des Steuerzahlers werde hingegen ausgeschlossen. „Leiharbeit darf nicht zur Regel werden, sondern muss Ausnahme bleiben“, stellte Lemb klar. „Somit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag, die Abwanderung zu stoppen.“



SPD-Landtagsfraktion besuchte Finanzamt und Finanzgericht

Ende März besuchten die Mitglieder des Arbeitskreises für Haushalt, Finanzen, Justiz und Europa der SPD-Landtagsfraktion das Finanzamt und das Finanzgericht in Gotha. Mit Hubert Mohr, dem Präsidenten des Thüringer Finanzgerichts, sprachen die Landtagsabgeordneten Dorothea Marx und Matthias Hey, Justiz-Staatssekretär Prof. Dr. Dietmar Herz sowie SPD-Finanzexperte Dr. Werner Pidge (von links). Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage und der Bevölkerungsentwicklung des Freistaates Thüringen ging es vor allem um die bauliche Unterbringung, die IT-Ausstattung und die personelle Besetzung von Amt und Gericht.

Vergabegesetz: Neuer Maßstab in Sachen guter Arbeit

Als „wirtschaftspolitischen Meilenstein für Thüringen“ hat SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn die Verabschiedung des Vergabegesetzes für den Freistaat bezeichnet. Höhn lobte die Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten des Thüringer Landtags. Mit ihrem Ja zum Vergabegesetz hätten sie einen wichtigen Beitrag zum Schutz vor Lohndumping geleistet - sowohl aus Sicht der Arbeitnehmer als auch aus Sicht der Unternehmer. Höhn verwies auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab 1. Mai dieses Jahres in Kraft tritt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende: „Mit diesem Gesetz sorgen wir für mehr Ordnung und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Damit gilt in Thüringen ein neuer Maßstab in Sachen guter Arbeit.“

Mühlbauer lobt ökologischen Landbau: „Wichtig für die Zukunft des ländlichen Raums“



Eleonore Mühlbauer, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hat die Landtags-Debatte zum ökologischen Landbau in Thüringen begrüßt: „Der ökologische Landbau hat sich in den letzten zwanzig Jahren zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Er hat sich als krisenfestes betriebswirtschaftliche Alternative zur konventionellen Landwirtschaft auch in Thüringen etabliert und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz.“ Auch trage diese Form der Landwirtschaft in besonderem Maße zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei. „Vor diesem Hintergrund müssen wir die Rahmenbedingungen dafür weiter verbessern. Denn der ökologische Landbau in Thüringen hat noch großes Potential“, so Mühlbauer.

**Landesregierung
mauert weiter**
FDP-Innenpolitiker Bergner
fordert endlich Offenheit



„Es ist richtig, wenn der Landtag eine umfassende Information durchsetzt.“ Das sagt FDP-Innenexperte Dirk Bergner mit Blick auf die Plenarsitzung im April. Die Regierung müsse endlich auf Offenheit setzen und begreifen, dass das Zurückhalten von Informationen bestenfalls Misstrauen schüre, so der parlamentarische Geschäftsführer der FDP im Thüringer Landtag weiter. „Für uns ist es völlig inakzeptabel, wenn sich der Eindruck aufdrängt, dass das Innenministerium an das eigene Handeln nicht dieselben strengen Maßstäbe anlegt, die jeder ehrenamtliche Bürgermeister einzuhalten hat“, unterstreicht der FDP-Politiker, der selbst Bürgermeister der Ostthüringer Kleinstadt Hohenleuben ist. Deshalb sei es richtig, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, nachdem auch die Ausführungen im Finanzausschuss als „nicht hinreichend“ bewertet werden müssten, wie FDP-Finanzpolitiker Lutz Recknagel bestätigt. „Die FDP erwartet, dass nicht länger Versteck gespielt wird“, so Bergner weiter. Innenminister Jörg Geibert verspiele sonst die Chance, als Handelnder wahrgenommen zu werden, der zu Beginn seiner Amtszeit für Ordnung Sorge. „Ich hoffe, dass die Regierung jetzt das Parlament endlich so ernst nimmt, dass weitere Schritte nicht erforderlich werden.“

Schwarzer Tag für den Mittelstand in Thüringen
Landtag beschließt Vergabegesetz gegen die Stimmen der FDP

„Was lange währt, wird nicht besser“, kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Thomas L. Kemmerich das mit den Stimmen der Regierungsfaktionen beschlossene Vergabegesetz der Landesregierung. Sozioökologische Kriterien, Geschlechterquote, Ausbildungsquote und Tariftreue - mit solchen vergabefremden Kriterien werde künftig die Vergabe öffentlicher Aufträge in Thüringen „ideologisch gesteuert“, so der liberale Wirtschaftsexperte. Das sei keine Mittelstandsförderung, sondern sende „schlechte Signale aus Thüringen für die Wirtschaft“. Mit Blick auf die Anhörungen zum



Gesetz listete Kemmerich die ablehnenden Verbände auf - bis hin zum DGB. Außerhalb der Regierungskoalition habe das Gesetz keinerlei Fürsprecher. „Sieht so Bürgerbeteiligung aus?“, prangerte Kemmerich die Ignoranz des Wirtschaftsministers an. Auch dass nach den massiven Protesten seitens der Wirtschaft und der

FDP die Regelungen jetzt nur für Firmen mit mehr als 25 Mitarbeitern gelten, sei ein schwacher Trost, so Kemmerich. Schon zuvor sei das Vergabeverfahren zu bürokratisch gewesen und habe die kleinen und mittleren Unternehmen vor große Probleme gestellt. Nach den neuen Vorschriften sei zu befürchten, dass sich Thüringer Unternehmen nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen könnten, beklagte der parlamentarische Geschäftsführer Dirk Bergner, der von Beruf Bauingenieur ist. Der Tag gehe deshalb als „schwarzer Tag für die Thüringer Wirtschaft“ in die Parlamentsgeschichte ein.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen

FDP-Fraktion möchte Schuldenuhr an prominenter Stelle im Landtag installieren



„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, mahnt der FDP-Haushaltsexperte Lutz Recknagel. 239 Tage vor der voraussichtlichen Verabschiedung des Haushalts für 2012 rückt die FDP-Landtagsfraktion das drängende Problem der Staatsverschuldung erneut in den Fokus. In einem

installieren. Eine Rekordverschuldung von zurzeit mehr als 16,2 Mrd. Euro und ein drastischer Einnahmerückgang in einer Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020 seien alarmierende Zahlen. „Deshalb ist es notwendig, nicht nur verbal während der Plenarsitzungen, sondern auch

anderweitig auf die schwierige Finanzlage des Freistaats aufmerksam zu machen“, schreiben die beiden FDP-Abgeordneten an die Landtagspräsidentin. Ähnlich wie dies im Jahr 2007 bereits einer Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein gestattet worden sei, sollte sich die Landtagsverwaltung in Thüringen dem Ansinnen der Liberalen nicht verschließen. „An einem für die Abgeordneten, die Regierungsmitglieder und die Besucher des Thüringer Landtages gut einseh- und damit wahrnehmbaren Platz soll die Schuldenuhr nicht nur informieren, sondern auch mahnen und auf die persönliche Verantwortung jedes Abgeordneten und jedes Regierungsmitgliedes hinweisen.“

FDP-Fraktion auf Tour im Saale-Orla-Kreis
Wirtschaft, Soziales und Bildung im Fokus der Liberalen

Zu einer öffentlichen Fraktionssitzung war die FDP am 30. März im Ratskeller von Pößneck zu Gast. Am Vormittag hatten die Fachsprecher der Fraktion Unternehmen und Einrichtungen im Saale-Orla-Kreis besucht. Der Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen und Innenpolitik besuchte die Zellstoff- und Papierfabrik



brik Rosenthal GmbH in Bad Blankenstein und das Pumpspeicherkraftwerk an der Bleilochtalsperre. Die FDP-Abgeordneten Franka Hitzing und Marian Koppe waren an der Michaelis Förderschule in Bad Lobenstein (Foto) und im Mehrgenerationenhaus in Pößneck zu Gast.



Für eine moderne und offene Gesellschaft

Grundlage für eine zeitgemäße, emanzipierte und nachhaltige Familienpolitik muss es sein, den Kinderwunsch zu fördern und zu ermöglichen. Dazu müssen Prioritäten richtig gesetzt und Weichen richtig gestellt werden. In einem entsprechenden Antrag fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb unter anderem die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag, die Einführung einer bedarfsdeckenden Kin-

dergrundsicherung oder die Förderung der ökonomischen Selbstständigkeit von jungen Erwachsenen. Die Ursachen gewollter und ungewollter Kinderlosigkeit müssen konsequent und nachhaltig angegangen werden. Ein Sorgenkind der Thüringer Familienpolitik bleibt auch die Stiftung FamilienSinn. Auf Bitten der bündnisgrünen Fraktion beauftragte der Sozialausschuss im vergangenen Sommer die Prüfung der Stiftung durch den Landesrechnungshof. Jetzt

ist zudem zu klären, ob bei ihrer Gründung geltendes Bundesrecht verletzt wurde und ihr damit das rechtliche Fundament fehlt.

Beschaffung im Ministerium wirft viele Fragen auf

Carsten Meyer: Wir kümmern uns um Altlasten

Als junge Fraktion im Landtag dürfen wir uns neben der aktuellen Politik auch immer häufiger mit Vorhaben auseinandersetzen, die teilweise weit in die Zeit der Regierung Althaus zurückreichen.

Ein komplexeres Beispiel dafür ist die Praxis, mit der in den vergangenen Jahren Polizeiautos, Hubschrauber oder Überwachungstechnik im Innenministerium ausgeschrieben und beschafft wurden. In einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses haben wir

viele Fragen zu diesen Vorfällen gestellt. Viele wurden nach unserem Verständnis aber nur unzureichend beantwortet. Da sich mittlerweile auch schon die Staatsanwaltschaft Erfurt wegen des Verdachtes der Untreue mit den aktuell sechs verschiedenen Vorgängen befasst, hoffen wir auf schnelle und umfassende Aufklärung.

Unsere Fraktion wird darüber hinaus darauf dringen, dass für die Zukunft die Ausschreibungs- und Vergabepaxis aller Ministerien untersucht wird.



Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Astrid Rothe-Beinlich (hier neben Landtagsvizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert), war am 12. April bei „Jugend debattiert“ im Plenarsaal dabei. Sie betonte, dass frühes politisches Engagement die Identifikation mit der Demokratie stärkt.

Ökolandbau droht Ungemach

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das 20-jährige Jubiläum des Ökolandbau-Fördervereins „Thüringer Ökoherz e.V.“ zum Anlass genommen, um im Plenum über die Situation des ökologischen Landbaus im Freistaat zu diskutieren.

Dieser hat sich seit der Wiedervereinigung erfolgreich entwickeln können. In den wichtigsten Parametern liegt Thüringen im Mittelfeld des bundesdeutschen Ländervergleichs. Doch nun droht dem Ökolandbau im Freistaat Ungemach: Bis zur neuen EU-För-

derperiode im Jahr 2014 sollen nicht nur umstellungswillige Betriebe von der Umstellungsförderung ausgeschlossen werden, auch für laufende Verträge soll es bis dahin keine Anschlussfinanzierung geben. Damit droht ein Umstellungsloch.

Aus Sicht der Bündnisgrünen ist dies angesichts der Tatsache, dass immer mehr der im Handel angebotenen Ökoprodukte aus Übersee kommen, das völlig falsche Signal. Damit stoppt Thüringen die Weiterentwicklung einer Erfolg versprechende Wertschöpfungskette.

Impulse nicht wahrgenommen



Am 1. April war die grüne Europaabgeordnete Heide Rühle in der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Gast.

Seit dem 1. Mai steht der deutsche Arbeitsmarkt ArbeitnehmerInnen aus weiteren EU-Ländern offen. Für alle gleichermaßen gültige Arbeitsbedingungen sind daher unerlässlich. Deshalb ist die Einführung des Thüringer Vergabegesetzes ein richtiger Schritt. Die zweite Lesung hat jedoch erneut gezeigt, dass es kein Meilenstein ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bis zur Abstimmung mit Anträgen versucht, noch wichtige Verbesserungen einzubringen. „Insbesondere sind die Schwellenwerte viel zu niedrig, so dass das Gesetz einen

enormen Bürokratieaufwand bedeutet. Dies wurde auch in unserem Fachgespräch mit Heide Rühle kritisiert“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen, Dirk Adams. „Leider wurde auch die zwingende Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Auftragsvergabe abgelehnt. Zudem ist es datenschutzrechtlich bedenklich, dass für die Kontrollen der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen keine eigene Instanz geschaffen wird“, sagt Adams weiter. Wichtige Impulse für ein modernes Vergaberecht wurden so nicht wahrgenommen.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Andrea Parsche

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Unsicherheit der Bürger bei der Anwendung der Thüringer Bauordnung (ThürBO)

In § 63 der ThürBO werden in einer ausführlichen Aufzählung alle verfahrensfreien Bauvorhaben benannt, für die nach der ThürBO kein bauaufsichtliches Verfahren, also weder eine Genehmigung noch eine Anzeige, erforderlich ist. Beispielhaft sind dies Gartenhäuschen und Garagen. Allerdings erfährt diese Vorschrift durch die Bestimmungen des § 62 (Genehmigungsbedürftige Vorhaben) eine Einschränkung, die in der Praxis von bauwilligen Bürgern oft nicht richtig gedeutet werden und zu breiter Verunsicherung führt. Denn die Genehmigungsfreiheit nach § 63 ThürBO

oder anderen Bestimmungen der ThürBO (§§ 63 a, 74 und 75) entbindet nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung der Anforderungen, die durch öffentlich-rechtliche Vorschriften an Anlagen bzw. Bauvorhaben gestellt werden sowie von der Pflicht, nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigungen und Bewilligungen einzuholen, und lassen die bauaufsichtlichen Eingriffsbefugnisse unberührt. Solche öffentlich-rechtliche Vorschriften können beispielsweise in Satzungen (z. B. Bebauungsplan, Vorgartensatzung) der Gemeinden, bauplanungsrechtlichen

Vorgaben (Vorschriften über das Bauen im Innen- und Außenbereich) oder anderen Rechtsvorschriften (z. B. des Denkmal- oder Naturschutzrechts) enthalten sein, aufgrund derer eine Bebauung auch mit den o. g. genehmigungsfreien Bauvorhaben nicht zulässig ist. Daher empfiehlt die Bürgerbeauftragte, sich vor jeder Baumaßnahme von der zuständigen Bauaufsichtsbehörde beraten zu lassen. Auskünfte erhalten Bauwillige in jedem Fall bei den unteren Bauaufsichtsbehörden in den Landratsämtern, kreisfreien Städten oder Großen kreisangehörigen Gemeinden.

Der Datenschutzbeauftragte

Datenschutzkonforme Krankenhausinformationssysteme

In Krankenhäusern wird flächendeckend Informationstechnik genutzt, z. B. um Patientendaten zu verarbeiten und ärztliches Handeln zu planen und zu dokumentieren. Einzelne Kontrollen, aber auch Beschwerden sowohl von Patienten als auch von Krankenhausmitarbeitern haben bundesweit deutlich gemacht, dass die von den Softwareanbietern zur Verfügung gestellten Produkte teilweise datenschutzrechtlich unzureichend sind. Es liegt aber auch an den Verantwortlichen in den Krankenhäusern selbst, wenn Beschäftigte der Kliniken Zugriff auf höchst sensible Daten haben, ohne diese für ihre Arbeit zu benötigen. Um zu einem bundesweit und trägerübergrei-

fend einheitlichen Verständnis der datenschutzrechtlichen Anforderungen an solche Systeme zu gelangen, hat eine Expertengruppe der Datenschutzkonferenz eine „Orientierungshilfe Krankenhausinformationssysteme“ (OH KIS) mit rechtlichen und technischen Hinweisen erarbeitet. Dabei wurden im Rahmen von Anhörungen Hersteller von Krankenhausinformationssystemen, Betreiber und Datenschutzbeauftragte von Krankenhäusern mit einbezogen. Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben die OH KIS in ihrer 81. Konferenz am 16./17. März 2011 in Würzburg zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie kann im Internet unter

„www.thueringen.de/datenschutz/“ abgerufen werden. Für die Softwarehersteller, die Krankenhausinformationssysteme nutzenden Krankenhäuser und ihre internen Datenschutzbeauftragten liegt damit erstmals ein Orientierungsrahmen für eine datenschutzkonforme Gestaltung und einen datenschutzgerechten Betrieb entsprechender Verfahren vor. Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz wird die Verabschiedung der OH KIS zum Anlass nehmen, zeitnah eine Überprüfung einer repräsentativen Auswahl der Krankenhäuser, die öffentliche Stellen im Sinne des Thüringer Datenschutzgesetzes sind, nach diesem neuen Maßstab vorzunehmen.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Jahresbericht 2010

Am 12.04.2011 hat Hildigund Neubert ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2010 an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben. Zu den Aufgaben der Landesbeauftragten gehören Bürgerberatung, psycho-soziale Betreuung, die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei Fragestellungen rund um das Stasi-Unterlagen-Gesetz sowie die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur Rehabilitierung nach den SED-Unrechts-Bereinigungs-Gesetzen. Im Berichtszeitraum wurden 17 Bürgersprechstunden in den Rathäusern und Landratsämtern in ganz Thüringen durchgeführt.

Diese „Vor-Ort“-Beratungsangebote, die häufig in Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten durchgeführt werden, sind von 2.416 Bürgern genutzt worden. Etwa 1.500 Personen nutzten das Angebot vor allem zur Antragstellung auf Akteneinsicht bei der Bundesbeauftragten. Ein weiterer Schwerpunkt waren Anträge nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Dazu kamen Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn nach dem Häftlingshilfegesetz und Nachfragen zum Auskunftsverfahren über das Schicksal verstorbener/vermisster An-

gehöriger. Bei vielen Anträgen holen die Betroffenen vor oder während des Verfahrens telefonische Beratung bei der TLStU ein. Diese Gespräche werden nicht gesondert statistisch erfasst. Einen besonderen Schwerpunkt bildete auch in diesem Jahr wieder die Bildungsarbeit für Jugendliche. So sind im Berichtsjahr insgesamt 29 ein- oder mehrtägige Quellen-Zeitzugenen-Projekte mit unterschiedlichen Zeitzeugen für Schulklassen durchgeführt worden. Eine Wanderausstellung, Veranstaltungen und die Publikationen richten sich auch an erwachsene „Zeitgenossen“.